



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

22.06.2015

Für eine klare und ausgewogene Asylpolitik Union fordert Solidarität in Europa

Wir erleben die größte Flüchtlingswelle der Nachkriegszeit. Die stark ansteigende Zahl von Asylbewerbern stellt Bund, Länder und Gemeinden vor große und vielfältige Probleme. In der vergangenen Woche haben sich die Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel über entsprechende Lösungsvorschläge sowohl im finanziellen als auch im strukturellen Bereich ausgetauscht. Sie verständigten sich auf einen „Aktionsplan“ mit Sofortmaßnahmen, mit deren Hilfe Integration gefördert, über Asylanträge schneller entschieden und die notwendige Rückführung in die Herkunftsländer zügig vollzogen werden können.

Verfolgte helfen

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ heißt es im Grundgesetz. Wer wegen Krieg, Gewalt, politischer, rassistischer oder religiöser Verfolgung seine Heimat verlassen muss, wird von uns Hilfe erhalten.

Für die Integration sind in der Regel Länder und Kommunen zuständig. Auch die Bundesregierung hat in den letzten Monaten Erleichterungen beschlossen, um die Situation für Verfolgte zu verbessern und ihre schnelle Eingliederung zu fördern. So wird der Bund nicht nur die Soforthilfe in diesem Jahr auf eine Milliarde Euro verdoppeln, sondern sich ab 2016 dauerhaft, strukturell und dynamisch an den Flüchtlingskosten beteiligen. Bei Asylbewerbern mit positiver Vorrangprüfung haben wir die Wartezeit bis sie arbeiten dürfen verkürzt. Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive sollen während einer Ausbildungsphase Rechtssicherheit bekommen und nicht abgeschoben werden sowie leichteren Zugang zu Sprachkursen erhalten.

Die Bevölkerung reagiert auf die schwierige Situation mit viel Verständnis und bemerkenswertem ehrenamtlichem Engagement, das gar nicht genug gewürdigt werden kann. Jedoch werden wir die große Hilfsbereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger nur erhalten können, wenn es uns gelingt, die Aufnahme von Flüchtlingen auf diejenigen zu beschränken, die tatsächlich politisch verfolgt oder Bürgerkriegsflüchtlinge sind.

Asylmissbrauch bekämpfen

Das Asylrecht darf kein Schlupfloch für illegale Einwanderung sein! Um den Andrang unberechtigter Asylbewerber deutlich zu reduzieren, möchte die Union künftig eine stärkere Unterscheidung zwischen schutzbedürftigen und nichtschutzbedürftigen Asylbewerbern erreichen. Weitere Balkanstaaten sind als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, um den Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen zu verringern. Die Anerkennungsverfahren sollen in vier Entscheidungszentren gebündelt werden, um sie schneller abarbeiten zu können. Ebenfalls zur Beschleunigung der Asylverfahren haben wir das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit inzwi-

schon 1.400 zusätzlichen Stellen ausgestattet. Weitere werden im nächsten Jahr hinzukommen müssen. In den Bundesländern sollen die Ausländer- und Sozialbehörden wie auch die zuständigen Verwaltungsgerichte mit mehr Personal ausgestattet werden.

Klar ist, wer kein Asyl in Deutschland erhält und nicht freiwillig ausreist, muss rückgeführt werden. Der Bund ist bereit, in der Praxis durch die Bundespolizei zu helfen, jedoch liegt die Verantwortung für die Abschiebung klar bei den Ländern. Hier sind besonders die rot-grün regierten Länder aufgefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen und für die Durchsetzung unserer demokratisch beschlossenen Gesetze zu sorgen. In Bayern werden in jedem Regierungsbezirk zentrale Ausländerbehörden geschaffen. Dadurch konnte sowohl die Zahl der freiwilligen Ausreisen wie auch die der Abschiebungen erhöht werden. Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben werden und Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme über den Umweg des Asylrechts verhindert wird.

Gerechte Lastenverteilung einfordern

Wir setzen uns verstärkt auch dafür ein, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Unser Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller (CSU) ist unermüdlich in den Krisengebieten unterwegs, um instabile Regionen zu stabilisieren und für die Flüchtlinge Lebensperspektiven in ihrer Heimat zu schaffen. Die Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer machen eine Intensivierung der Seenotrettung und die Bekämpfung der Schlepperbanden erforderlich. Seit diesem Jahr beteiligt sich die Bundeswehr mit zwei Marineschiffen an der EU-Operation Triton. Fast 4000 Menschen konnten von Ihnen aus Seenot gerettet werden.

Wir brauchen eine faire und gerechte Lastenverteilung in Europa. Etwa drei Viertel der Asylbewerber in Europa werden von nur fünf Staaten aufgenommen. Darunter nimmt Deutschland absolut gesehen die meisten Flüchtlinge auf – im vergangenen Jahr waren es mehr als 200.000. Wir wollen, dass sich alle 28 Mitgliedsstaaten an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen. Dazu fordern wir EU-weite Standards bei der Aufnahme und bei den Asylverfahren. Schließlich bilden nicht nur Bund und Länder, sondern auch die europäischen Staaten zunehmend eine Verantwortungsgemeinschaft.